

terstützung der Zentralregierung auf. Einige lokale Regierungen hätten bereits Maßnahmen zur Entschärfung der finanziellen Krise ergriffen. Die im internationalen Vergleich und im Verhältnis zum anhaltend hohen Wirtschaftswachstum niedrigen zentralstaatlichen Bildungsausgaben stehen ohnehin immer wieder in der Kritik. Das im Jahr 1993 gesetzte Ziel von 4% des BIP bis zum Jahr 2000 konnte bis zum Jahr 2007 immer noch nicht erreicht werden. Stattdessen erweiterte die Regierung den Zeitraum im vergangenen Jahr bis zum Jahr 2010. Die derzeitige Quote liegt gemäß des Bildungsberichtes 2006 bei 2,82% des BIP (C.a., 1/2007:112-113). Hoffnung gibt die Ankündigung von Finanzminister Jin Renqing anlässlich der Plenartagung des Nationalen Volkskongresses im März, diese Quote im Verlauf dieses Jahres auf über 3% zu steigern. Ermöglicht werde dies durch einen höheren Anteil der Zentralregierung. (XNA, 11.3.07; SCMP, 10., 16.3.07)

Neue Raumfahrtaktivitäten in 2007

Anfang Februar 2007 wurde der erste chinesische Navigationssatellit für das *Beidou*-Navigationssystem ins Weltall geschickt. Dieser steht in Konkurrenz zum GPS-System der USA und dem europäischen Pendant Galileo, an dem China ohnehin partizipiert.

Ferner meldete die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* Anfang Februar, dass neben den Raumfahrtzentren in Jiuquan (Autonome Region Innere Mongolei), Xichang (Provinz Sichuan) und Taiyuan (Provinz Shanxi) ein viertes Zentrum auf

der südchinesischen Insel Hainan in Wenchang aufgebaut werden soll. Dort sollen nicht nur Satellitenabschüsse und die Raketenmontage stattfinden, sondern auch ein Kommandozentrum und ein Raumfahrt-Themenpark eingerichtet werden. Einen weiteren Hinweis auf zunehmende Raumfahrtaktivitäten der VR China gab auch die Meldung des Parteiorgans *Renmin Ribao* im März, wonach im Rahmen der ersten Phase des chinesischen Mondprogramms der erste Mondsatellit im September dieses Jahres ins Weltall geschickt werde. (FT, 5.2.07; XNA, 17.3.07; SCMP, 7.2.07; WSJ, 6.2.07)

Gesellschaft

Günter Schucher

NVK: Großes Gewicht auf sozialen Reformen

Ministerpräsident Wen Jiabao legte in seinem Regierungsbericht auf der 5. Sitzung des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) im März großes Gewicht auf soziale Erregenschaften sowie Reformen und ging auch auf konkrete Probleme ein. Damit entsprach er der neuen Entwicklungskonzeption der Hu-Wen-Führung, die in Abkehr von ihren Vorgängern erkannt hat, dass die alleinige Betonung wirtschaftlichen Wachstums zu sozialen Problemen führen könnte, die nicht nur der Entwicklung des Landes abträglich, sondern auch für die Stabilität der Regierung gefährlich werden könnten. Damit traf er auch den Nerv der Delegierten, die applaudierten, als Wen erklärte, die Regierung müsse für

soziale Gerechtigkeit und Fairness sorgen, damit alle Menschen in China die Früchte von Reform und Entwicklung genießen könnten. Allerdings fehlte in Wens Bericht sowohl jegliche Ursachenanalyse als auch – bei der Nennung von Erfolgszahlen – der Vergleich mit vorhergehenden Jahren oder Planzielen, sodass das von ihm gezeichnete Bild viel zu positiv ausfiel.

So hob Wen hervor, dass es gelungen sei, den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu heben. 11,84 Mio. Menschen in den Städten haben eine Anstellung gefunden und das pro Kopf verfügbare Einkommen erreichte in den Städten 11.759 CNY im Jahr und das Nettoeinkommen pro Kopf auf dem Lande 3.587 CNY. Unerwähnt ließ Wen, dass angesichts der von ihm ebenfalls genannten Steigerungsraten von 10,4% in den Städten und 7,4% auf dem Lande die Einkommensschere sich weiter verbreitert hat.

Wen verwies weiter auf die intensivierete Beschäftigung mit den „drei“ ländlichen Problemen und hob hervor, dass zusätzlich 28,97 Mio. Landbewohner mit Trinkwasser versorgt wurden und die Armut weiter reduziert werden konnte. Statistischen Angaben aus dem Jahr 2004 zufolge haben 34% der Landbevölkerung – 323 Mio. – keinen Zugang zu sauberem Wasser. In diesem Jahr sollen aus dem Staatshaushalt 15,3% mehr als im Vorjahr, insgesamt 391,7 Mrd. CNY, für den ländlichen Raum ausgegeben werden; für Bildung sind 41,7% (insg. 85,854 Mrd. CNY), für das Gesundheitswesen 86,8% (insg. 31,276 Mrd. CNY) und für Beschäftigung sowie soziale Sicherheit 13,9% mehr (insg. 201,927 Mrd. CNY) vorgesehen.

Auch der Schutz von ländlichen Wanderarbeitern in den Städten, so Wen, sei verbessert worden. Fortschritte habe es im Bereich Umweltschutz, in Fragen von Löhnen und Einkommensverteilung, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie bei Beschäftigung und sozialer Sicherung gegeben. Vor allem für Aussagen zum Bildungsbereich erhielt er mehrfach Beifall von den Delegierten.

Wen erwähnte auch weiter bestehende „Widersprüche und Probleme“ – ein Hinweis auf soziale Konflikte – sowie Versäumnisse der Regierungsarbeit, blieb dabei in seinen Ausführungen aber sehr knapp. An prominenten Problemen, „die die Interessen der Massen berühren“, nannte er die Sicherheit von Lebensmitteln und Medikamenten (das Gesundheitsministerium vermeldete für Oktober bis Dezember 2006 einen Anstieg bei Lebensmittelvergiftungen um 42% gegenüber dem Vorjahr), die medizinische Versorgung, Schulgebühren, die Einkommensverteilung, die öffentliche und die Produktionssicherheit. „Verletzt“ würden die Interessen der Massen durch Landnahmen, die Zerstörung von Häusern und Umsiedlungen, Unternehmensreformen und Umweltschädigungen - Probleme, die „noch nicht grundsätzlich gelöst seien“.

Die zuletzt genannten Fragen betreffen in erster Linie die Bauern, die rund die Hälfte derjenigen stellen, die sich aktiv an so genannten „Massenvorfällen“, also Protesten jenseits der zugelassenen Kanäle wie Beschwerden, Klagen oder Petitionen, beteiligen. Zwar wurde im Einklang mit der angeblich erfolgreichen Politik der „Harmonisierung“ der Gesellschaft bekannt ge-

geben, dass die Vorfälle im ländlichen Bereich im letzten Jahr um 22% abgenommen hätten (nach anderen Berichten von 26.000 auf 23.000). Aber diese Zahlen sind wenig glaubhaft und spiegeln eher das Meldeverhalten von Lokalkadern wider, die sich ins rechte Licht setzen wollen. Wie leicht sich der Unmut entzündet, machten gewaltsame Unruhen in der Provinz Hunan deutlich, die Mitte März ausbrachen und an denen sich über 20.000 Bauern beteiligt haben sollen. Auslöser waren Fahrpreiserhöhungen für Busse.

Zu den Hauptursachen für bäuerliche Proteste gehören neben Umweltschädigungen und Mängeln im Gesundheitswesen die häufig zwielichtigen und gering kompensierten Landnahmen. Das vom NVK verabschiedete Gesetz zum Schutz des Privateigentums wird hier keine Abhilfe schaffen, da Agrarland weiterhin im „kollektiven Eigentum“ und damit in der Verfügung der Lokalkader verbleibt; die Bauern haben nur Nutzungsrechte, längstens für 30 Jahre. In diesem Punkt nannte Wen nur die Aufgabe der Regierungen, die Größe des für Bauvorhaben genutzten Landes streng zu kontrollieren, den Schutz von Agrarland zu verstärken und dessen Nutzung für Entwicklungsvorhaben ohne Genehmigung zu verbieten. Mindestens 1,8 Mrd. Mu Agrarland (120 Mio. ha) müssten erhalten bleiben, dafür müsste es auch ein strikteres und verantwortlicheres System des Landmanagements geben. Laut Chen Xiwen, stellvertretender Minister im Büro der Zentralen Führungsgruppe für Finanz- und Wirtschaftsfragen, sind Landnahmen Ursache für die Hälfte aller Unruhen im ländlichen Raum; 30% werden

durch die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel und weitere 20% durch Umweltschädigungen verursacht.

Das Schwergewicht von Wens Ausführungen lag wie immer auf den Vorhaben für das kommende Jahr. Auf einige wird in den folgenden Dokumentationen eingegangen. Sie spiegeln die Priorität wider, die seitens der Regierung der Schaffung eines „neuen sozialistischen Landes“ eingeräumt wird, um die weitere Vergrößerung der Kluft zwischen Stadt und Land zu stoppen. Dafür will die Regierung das Schwergewicht ihrer Infrastrukturinvestitionen auf das Land verlagern.

Inwieweit es der Regierung gelingen wird, ihre Ziele im nächsten Jahr umzusetzen, muss offen bleiben. Wen selbst sprach an, dass die Bevölkerung eine größere Rolle spielen solle. Die Demokratie an der Basis müsse erweitert werden, die Fähigkeiten und die Verlässlichkeit der Verwaltung müssten erhöht, die Einhaltung von Rechtsvorschriften gefördert, Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten verbessert, autonome Organisationen der Bevölkerung an der Basis vermehrt und die Rechte der Bürger auf Information, Partizipation, Meinungsäußerung und Supervision geschützt werden. Demokratie im westlichen Sinne hat er damit zwar nicht gemeint; denn vor allem geht es der chinesischen Regierung um verbesserte und verlässlichere Verwaltungsverfahren. Dennoch sollte die Ausweitung von öffentlicher Partizipation und Supervision auch nicht gering geschätzt werden, sie wird auch von Wissenschaftlern gefordert, die betonen, dass die Zentralregierung allein nicht in der Lage sein wird, die formulierten Ziele zu verwirklichen. (Re-

detext: China Central TV-1, 5.3.07, nach BBC PF, 6.3.07; *The Economist*, 10.3.07; XNA, 5.3.07, nach BBC EF, 6.3.07; ST, 31.1., 22.2.07; XNA, 19.2., 5., 14.3.07; FAZ, 6., 13.3.07; *China Daily*, 31.1.07; SCMP, 31.1.07)

NVK: Bessere Gesundheitsversorgung

Laut Ministerpräsident Wen Jiabao hat die Regierung im letzten Jahr ein Schwergewicht ihrer Aktivitäten auf die Verbesserung der Gesundheitsversorgung gelegt, die nach wie vor nicht den selbst gesteckten Zielen entspricht und vor allem auf dem Lande viele Kranke unversorgt lässt. Die Pilotprojekte für das neue „kooperative“ Versorgungssystem wurden auf 1.451 Gemeinden, Städte auf Gemeindeebene und Stadtbezirke ausgeweitet, was 50,7% der möglichen Gemeinden entspricht und 410 Mio. Landbewohner einbezieht. 4,27 Mrd. CNY wurden hier von der Zentralregierung zusätzlich zu den Ausgaben der Lokalregierungen investiert, weitere 5,1 Mrd. CNY für die Verbesserung von Gesundheitseinrichtungen. Anvisiert wird die Ausweitung der Pilotprojekte auf 80% der Gemeinden, wofür die Zentralregierung 10,1 Mrd. CNY zur Verfügung stellen will, 5,8 Mrd. mehr als im Vorjahr. Auch in den Städten soll die Gesundheitsversorgung durch einen neuen Typ von „community-based“ Einrichtungen und durch eine neue Art der Gesundheitsversicherung, die die schweren Krankheiten mit Regierungsunterstützung abdeckt, verbessert werden. Und schließlich will die Regierung die schweren Infektionskrankheiten, darunter HIV/AIDS, effektiver be-

kämpfen, u.a. durch Ausweitung kostenfreier Behandlungen.

Für ihre Anstrengungen im Kampf gegen AIDS wurde die chinesische Regierung in einem Beitrag in der angesehenen Zeitschrift *Lancet* gelobt. Der Beitrag, geschrieben von fünf westlichen und chinesischen Experten, geht von 650.000 Fällen Ende 2005 aus (was andere Experten für untertrieben halten) und hebt die Zahl von 30.640 Patienten mit kostenfreier Medikation hervor. In einem Kommentar wird kritisiert, dass das AIDS-Problem in China seitens westlicher Experten wesentlich überschätzt worden sei.

Auf der dem NVK stets vorgeschalteten Politischen Konsultativkonferenz allerdings wurde die öffentliche Gesundheitspolitik scharf kritisiert. Neun hochrangige Delegierte, darunter der ehemalige Präsident der Chinesischen Akademie für Medizinische Wissenschaft, Ba Denian, und der „Sars-Held“ Zhong Nanshan warfen der Regierung vor, das öffentliche Interesse in der Marktwirtschaft zu vernachlässigen und dem Gesundheitswesen nicht ausreichend Bedeutung zu schenken. So rangiere China in der Rangliste der Weltgesundheitsorganisation inzwischen mit seiner medizinischen Versorgung an 144. und hinsichtlich der Versorgungsgerechtigkeit sogar nur an 188. Stelle, vier Positionen vom Schlusslicht entfernt. Industriestaaten würden über 10% des BIP in die Gesundheit investieren, aufstrebende Staaten wie Brasilien 7,9%, Indien 6,1% oder Sambia 5,8%; aber China gebe nur 2,7%. Und dabei sinken die öffentlichen Ausgaben, während die privaten steigen. Verantwortlich dafür seien u.a. unklare Verantwortungs-

strukturen, Korruption und Fehlverhalten.

Als Gesundheitsminister Gao Qiang auf einer Pressekonferenz mit dieser Kritik konfrontiert wurde, reagierte er über- rascht und ausweichend. Er selbst beklagte sich am Rande des NVK Reportern gegen- über über die steigenden Preise von Medi- kamenten und medizinischen Leistungen, ein Ergebnis der Privatisierung des Gesund- heitswesens und des Wettbewerbs auf dem Pharmamarkt. Zwar habe die Regierung für viele Medikamente Preisobergrenzen festgelegt, aber dies würde das Problem nicht grundsätzlich beheben. Neben einer strengeren Regierungskontrolle über Pro- duktion, Verkauf und Verteilung von Me- dikamenten regte er ein „System für Ba- sismedikamente“ an, nach dem bestimmte Arzneien staatlicher Kontrolle unterliegen. (ST, 24.2.07; XNA, 3., 7.3.07; SCMP, 12., 15.3.07)

NVK: Mehr Beschäftigung und soziale Sicherung

Der Arbeitsmarkt wird trotz der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten noch auf geraume Zeit ein Sorgenkind der Regie- rung bleiben, denn die demografische Ent- wicklung dürfte erst im Jahr 2015 für Ent- lastung sorgen. Ministerpräsident Wen Ji- bao verwies daher auf die aktive Arbeits- marktpolitik der Regierung, für die seitens der Zentralregierung 23,4 Mrd. CNY aus- gegeben wurden: für die Schaffung von Ar- beitsplätzen, die Verbesserung der Berufs- ausbildung, die Unterstützung so genann- ter „zero employment“-Haushalte und für die Wiederbeschäftigung von 5,05 Mio. Ar- beitslosen, die von staatlichen Unterneh- men „freigestellt“ wurden und keinen An-

spruch auf Arbeitslosengeld haben.

Schon vor einigen Jahren wollte die Re- gierung diese freigestellten Arbeitskräfte (*xiagang gongren*), deren Grundsicherung noch von den Unternehmen getragen wird, in die Arbeitslosenversicherung integrieren – ein Ziel, das immer wieder verschoben wurde. Jetzt vermeldet Wen, dass die In- tegration „im Wesentlichen“ vollendet sei. Außerdem sei ein System zur Absicherung des Existenzminimums für Landbewohner in insgesamt 2.133 Gemeinden (sowie ent- sprechenden Städten und Bezirken) in 25 Provinzen eingerichtet worden, von dem 15,09 Mio. Bewohner profitieren.

Laut Wen sollen im kommenden Jahr in den Städten „nicht weniger als 9 Mio.“ Jobs entstehen und die registrierte Arbeits- losenrate soll höchstens 4,6% erreichen. Beim Ausbau der sozialen Sicherungssyste- me sollen auch die Wanderarbeiter einbe- zogen werden, zunächst in die Unfall- und Krankenversicherung. Sie waren bisher vor allem bei Unfällen oft schutzlos und verlo- ren zusätzlich zu ihrer Gesundheit auch den Arbeitsplatz. Ausgeweitet werden sol- len die Sicherungssysteme auch auf Zeitar- beiter und Beschäftigte in nichtstaatlichen ausländischen und privaten Unternehmen. Damit würde endlich auf die gewaltigen Veränderungen im Beschäftigungsbereich reagiert, in dem die staatlichen Beschäftig- ten nur noch einen kleinen Teil der Arbeits- kräfte stellen und in dem atypische Beschäf- tigungsformen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Arbeitsminister Tian Chengping wies allerdings auch auf die Probleme des Ar- beitsmarktes hin. Obwohl im Jahr 2006 mit 11,84 Mio. neuen Jobs ein Rekord

aufgestellt werden konnte, blieben rund 12 Mio. Arbeitssuchende ohne Anstellung. Für 2007 wird mit rund 24 Mio. neuen Arbeitssuchenden in den Städten gerechnet. Der Druck auf den Arbeitsmarkt ist u.a. deshalb so groß, weil rund 5 Mio. Freigestellte eine Wiederanstellung suchen und 6 Mio. Hochschulabsolventen auf den Markt drängen, davon geschätzte 4,95 Mio. neue und ca. 1,2 Mio. vom letzten Jahr, die immer noch ohne Job sind. Bei dem geplanten Wirtschaftswachstum geht die Regierung von 9 Mio. neuen Arbeitsplätzen in diesem Jahr aus, weitere Arbeitslose sollen über Wiederbesetzung freigewordener Plätze eine Anstellung finden.

Im Vorfeld des NVK hatte dessen Ständiges Komitee im Februar den Entwurf eines „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ diskutiert, das eine ganze Palette von Beschäftigungsfragen abdeckt, von der Regulierung des Arbeitsmarktes bis zur Umschulung von Entlassenen. Im Mittelpunkt des Entwurfs steht die größere Verantwortlichkeit von allen Regierungen, Arbeitslose bei der Jobsuche zu unterstützen. Auch die Einbeziehung des Kriteriums „Schaffung von Arbeitsplätzen“ in die Bewertung von Kadern steht zur Debatte. (SCMP, 13.2.07; XNA, 15., 17.3.07; SCMP, 14.3.07)

NVK: Lohnzahlungen für Wanderarbeiter

Eines der größten Probleme von Wanderarbeitern, neben der (häufig verweigerten) Aufnahme ihrer Kinder in städtische Schulen, sind nicht ausbezahlte und noch ausstehende Löhne. Der Lösung dieser für viele existenziellen Frage hat sich speziell Ministerpräsident Wen Jiabao schon vor vier

Jahren verschrieben. In seinem Bericht meldete er, dass das 2004 aufgestellte Ziel, alle den Baufirmen zustehenden Gelder und alle in der Bauindustrie ausstehenden Löhne für Wanderarbeiter innerhalb von drei Jahren zu zahlen, im Wesentlichen erreicht sei. Den Baufirmen seien insgesamt 183,4 Mrd. CNY oder 98,6% der Rückstände gezahlt worden, darunter 33 Mrd. CNY ausstehende Löhne. Nach Plänen des Arbeitsministeriums soll die Zahl der Wanderarbeiter, die in die Krankenversicherung einbezogen sind, im Jahr 2007 um 18,3% auf 28 Mio. steigen. 36 Mio. sollen von der Unfallversicherung erfasst werden, verglichen mit 25 Mio. Ende November 2006.

Bereits 2003 hat der Staatsrat ein Gesetz verabschiedet, wonach die Lokalregierungen allen Kindern in ihrem Gebiet, auch denjenigen von Wanderarbeitern, eine öffentliche Schulerziehung gewähren sollen. Seine Umsetzung erfolgt allerdings sehr ungleichmäßig und hat auch zu unvorhergesehenen Konsequenzen wie der ersatzlosen Schließung von Privatschulen geführt. In Beijing z.B. sollen im Jahr 2006 132 Migrantenschulen zur Schließung vorgesehen worden sein, ohne dass die Stadt den betroffenen Migrantenkindern dafür öffentliche Schulen anbot. Die Pläne wurden durch Proteste gestoppt, die auch von dem Argwohn getragen waren, die Stadt wolle rechtzeitig vor den Olympischen Spielen die Zahl der Migranten reduzieren. Shanghai hat im Jahr 2006 16 von 293 Migrantenschulen geschlossen; bis 2010 sollen 70% der Migrantenkinder in öffentlichen Schulen lernen.

Die neue Sicht auf die Wanderarbeiter

und ihren wichtigen Beitrag zum chinesischen Wirtschaftswachstum wurde auch in dem Vorschlag des Generalsekretärs des NVK, Shang Huaren, deutlich, der die Migranten als eine der Schlüsselkomponenten der chinesischen Gesellschaft bezeichnete und forderte, sie müssten auch Delegierte des NVK werden können – ebenso sollten sie Vertreter in den Volkskongressen auf den unteren Ebenen werden. Eine von ihm eingebrachte Resolution zum Wahlverfahren für den 11. NVK sieht eine entsprechende Quote für Migranten in den Städten und Provinzen vor, in denen sie große Gruppen der Bevölkerung stellen. Andere Delegierte stimmten ihm im Prinzip zu, verwiesen aber auf das Problem der Definition und Abgrenzung dieser Gruppe von anderen Beschäftigten. Abgeordnete aus den Reihen der Migranten gibt es schon seit dem Jahr 2002, aber die Einführung einer Quote wäre ein Novum. (XNA, 1.2., 3., 8., 15.3.07; ST, 27.1.07; SCMP, 9.3.07)

NVK: Umweltziele weit verfehlt

Ministerpräsident Wen Jiabao hat zwar in seinem Bericht auf die Bedeutung der Umweltfrage für die Regierung verwiesen, sich ansonsten in diesem Punkt aber kurz gefasst. Insofern ging er auch nicht auf Aussagen der Umweltschutzbehörde SEPA bzw. des *China Modernisation Report 2007* (herausgegeben vom China Centre for Modernisation Research, einem regierungsnahen Think Tank) ein, wonach China im Jahr 2006 alle selbst gesteckten Umweltziele verfehlt hat. Dem 11. Fünfjahresprogramm zufolge sollen die beiden hauptsächlichen Schadstoffe im Jahresdurchschnitt um 2% reduziert werden, aber die Schwe-

feldioxidemissionen stiegen 2006 um fast 463.000 t und damit noch mal 1,8% mehr als im Vorjahr und die Menge an chemischem Sauerstoff, ein Index für die Wasserverschmutzung, nahm um 173.000 t oder 1,2% zu. Auch die Reduzierung des Energiekonsums um 4% wurde nicht erreicht, an Kohle, dem Hauptenergieträger, wurden sogar 9,3% mehr verbraucht. Dem Modernisierungsbericht zufolge rangiert China hinsichtlich des Umweltschutzes unter 118 Ländern an 100. Stelle, was keine Veränderung zu 2004 darstellt.

In der ersten offiziellen Stellungnahme zum Klimabericht der VN wies die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Jiang Yu, auf die Verantwortung der Industrienationen hin. China als Entwicklungsland habe keine Pläne, seine Abhängigkeit von der Kohle (70% des Energiebedarfs) und anderen (schmutzigen) Brennstoffen radikal zu ändern. Mengenmäßig ist China nach den USA der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen, bei Kohlendioxid – so befürchten Umweltschützer – könnte es die USA schon 2009 überholen. Hinter der offiziellen Fassade scheint es allerdings durchaus Besorgnis zu geben. Zou Ji, eine Expertin der Renmin-Universität für Klimapolitik, gab bekannt, dass China einen ersten nationalen Plan für die Bekämpfung des Klimawandels vorbereitet, der noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll. Dies wurde auch von Xie Zhenhua, in Chinas Nationaler Entwicklungs- und Reformkommission für Umweltschutz zuständig, bestätigt. Xie vertrat China auf der Umweltministerkonferenz der G-8-Staaten in Potsdam. Ihm zufolge ist China sehr darum bemüht, die Ziele des Wirtschaftswachstums mit dem

Schutz der Ressourcen zu verbinden. Von 1990 bis 2005 habe man den Energieverbrauch pro Einheit am BIP um 46% senken können.

Die Berichterstattung zur Umweltministerkonferenz machte auch den Druck deutlich, der auf China in dieser Frage aus dem Ausland ausgeübt wird. Die chinesische Regierung ist sich ihrer negativen Rolle als Klimasünder durchaus bewusst, wehrt sich aber zugleich gegen die Anschuldigungen. Da China aber selbst von den Folgen des Klimawandels wie Überschwemmungen, Dürren u.Ä. immer stärker betroffen sein wird und zugleich das ungebremste Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Legitimität der Regierung gesehen wird, steckt Letztere in einem ernsthaften Dilemma. Auch in China sind Umweltschädigungen vielfach Ursache für Bevölkerungsproteste. Die Umweltbehörde ist daher schon seit längerem ernsthaft entschlossen, gegen Umweltsünder vorzugehen. So verhängte sie gegen die Jilin Petrochemical Company, die im November 2005 für die Vergiftung des Songhua-Flusses verantwortlich war, die Höchstbuße von 1 Mio. CNY (125.000 USD) und will künftig mit Hilfe einer Datenbank gelisteten Umweltsündern unter den Unternehmen Bankkredite sperren lassen. Von Ministerpräsident Wen bekam die Behörde indirekt Unterstützung, der in seinem Bericht beklagte, dass viele rückständige Produktionsstätten von den Lokalbehörden nicht wie geplant geschlossen worden seien. (ST, 6., 13., 29.2.07; SCMP, 6.2., 1.3.07; XNA, 25.1., 22.2.07; WSJ, 27.2., 6.3.07; FAZ, 15.3.07; FTD, 18.3.07)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

Neue Behörde für die Anlage von Devisenreserven

Während der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) kündigte der chinesische Finanzminister Jin Renqing an, dass der Staatsrat die Gründung einer staatlichen Investmentgesellschaft für die Anlage von Devisenreserven genehmigt hat. Zukünftig soll diese Investmentgesellschaft für einen Teil der Devisenreserven die profitabelsten und sichersten Anlagemöglichkeiten finden.

Die Devisenreserven erreichten Ende 2007 ein Niveau von 1.066 Mrd. USD. Derzeit steigen die Devisenreserven um monatlich rd. 20 Mrd. USD vor allem aufgrund des Außenhandelsüberschusses. Da die Regierung die Devisenkontrolle aufrechterhalten will, muss sie alle ins Land strömenden Auslandswährungen kaufen und anschließend zur Sterilisation der negativen Auswirkungen – so erhöhen diese die Geldmenge und sind eine Inflationsgefahr – im Ausland wieder anlegen.

Welche Struktur die neue Investmentgesellschaft haben wird, ist noch nicht bekannt gegeben worden. Angeblich soll sie im Rang eines Ministeriums angesiedelt werden und direkt dem Staatsrat unterstehen. Bisher ist die Devisenbehörde SAFE verantwortlich für die Anlage von Devisenreserven. Ausländische Analysten spekulieren, dass das neue Unternehmen dem Modell der singapurianischen Investitionsgesellschaft Temasek Holdings folgen könn-